

Geschäftsbericht 2007

I. Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht

Leitendes Stiftungsorgan (Stiftungsrat)

Amtsdauer 2006-2009

Arbeitgebervertreter

Andreas Bass	Sekretär Verwaltungsrat und Leiter Stab/Unternehmensentwicklung Rhätische Bahn AG (RhB), Chur
Silvio Briccola (*)	Leiter Finanzen RhB, Chur, <i>Vizepräsident</i>
Benno Burtscher	Verwaltungsrat RhB, Valbella (ab 1. Januar 2007)
Tino Zanetti	Konsultativrat RhB, Li Curt/Poschiavo

Arbeitnehmervertreter

a. Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV)

Aldo Bellasi	Leiter Betrieb Region Davos/Albula, Produktion RhB, Davos Platz
Marco Margadant (*)	Leiter Netzplanung und -steuerung, Produktion RhB, Chur, <i>Präsident</i>

b. Christliche Gewerkschaft Service public und Dienstleistungen (transfair)

Claudio Cajacob	Mitarbeiter Betrieb Region Davos/Albula, Produktion RhB, Davos Platz (bis 31. März 2007)
Robert Kalberer (**)	Leiter Konstruktionsschlosserei, Erneuerung Schienenfahrzeuge, Rollmaterial RhB, Wangs (ab 1. April 2007)

c. Nicht im SEV und nicht bei transfair organisierte Arbeitnehmer

Karl Baumann	Ingenieur (Leiter Kunstbauten), Infrastruktur RhB, Bonaduz (ab 1. November 2007)
Franz Egger	Leiter Immobilien, Finanzen RhB, Sargans (bis 31. Oktober 2007)

Sekretär

Silvio Hermann	Sachbearbeiter Pensionskasse, Finanzen RhB, Igis
----------------	--

Geschäftsführer

Urs Brunett (***)	Leiter Löhne/Dienste, Finanzen RhB, Zizers
-------------------	--

Anlageexperte (Investment-Consultant)

PPCmetrics AG, Zürich, vertreten durch lic. oec. HSG Werner Strebel, Partner

Kontrollstelle (Revisionsstelle)

PricewaterhouseCoopers AG, Chur

Experte für berufliche Vorsorge

Hewitt Associates SA, Zürich, vertreten durch Theodor Keller, dipl. Pensionsversicherungsexperte

Aufsichtsbehörde

Finanzverwaltung des Kantons Graubünden, Stiftungsaufsicht/BVG, c/o Amt für berufliche Vorsorge des Kantons St. Gallen, St. Gallen
(ab 1. Januar 2008: Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht, St. Gallen)

Zeichnungsberechtigte: Mitglieder des Stiftungsrates und Geschäftsführer kollektiv zu zweien

(*) Mitglied der Anlagekommission

(**) Vertritt transfair als Mitglied des SEV

(***) Mitglied der Anlagekommission mit beratender Stimme

Die berufliche Vorsorge umfasst alle Massnahmen auf kollektiver Basis, die den älteren Menschen sowie im Bedarfsfall auch den Hinterbliebenen und Invaliden zusammen mit den Leistungen der staatlichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise erlauben sollen. Mit solchen Worten umschreibt der Zweckartikel im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) die Aufgaben der Pensionskassen als Träger der beruflichen Vorsorge. Die Pensionskassen – und damit namentlich auch unsere Kasse – sind also vom Gesetz her dazu angehalten, eine effiziente, bedarfsgerechte und zukunftsgerichtete Vorsorge anzubieten.

Eine entsprechend optimale und sichere Vorsorgeregulierung liegt ganz im Interesse der Versicherten wie ebenso auch in demjenigen der Arbeitgeberschaft. Ein Indiz für die Sicherheit einer Pensionskasse kann – nebst anderen Faktoren – deren Deckungsgrad sein. Zur Sicherheit einer Pensionskasse trägt im Wesentlichen eine genügende Rendite der Vermögensanlagen bei. Nach einigen Anlagejahren mit ausreichenden bis guten Ergebnissen konnte auch anfangs 2007 angenommen werden, dass bis Jahresende wieder eine zumindest genügend hohe Rendite erzielbar sein würde. Nach einem positiven ersten Semester begannen jedoch im zweiten Semester die Wertschriftenanlagen deutlich unter den Folgen der sogenannten Subprime-Krise (Hypotheken-Krise) in den USA zu leiden. Die Finanzmärkte entwickelten sich durchwegs negativ. Die von unserer Kasse erzielte Jahresrendite 2007 ist mit 1.54 % denn auch ungenügend ausgefallen. Die im Anlageplan als Mindestmass vorgegebene Sollrendite von 3.6 % wurde klar verfehlt. Die zur Deckung der gesetzlichen und reglementarischen Ansprüche benötigten, aber nicht erwirtschafteten Mittel mussten der Wertschwankungsreserve entnommen werden. Als Folge davon verminderte sich der Deckungsgrad per Ende 2007 im Vergleich zum Vorjahr von 108.12 % auf 106.84 %.

Gemäss den heutigen gesetzlichen Bestimmungen sind die Pensionskassen so auszugestalten, dass sich ungenügende Renditen möglichst nicht direkt in Leistungskürzungen auswirken. Die Kassen haben in ihren Rechnungen prioritär angemessene Wertschwankungsreserven zu bilden und zu unterhalten. Mit den Mitteln solcher Reserven soll zwischen guten und schlechten Anlagejahren ausgeglichen werden können.

Zur Klärung der Frage, wieweit bei unserer Kasse die seit dem Jahr 2003 verfolgte Anlagestrategie den Vorsorgezielen noch zu genügen vermochte, liess der Stiftungsrat im Verlaufe des Frühjahrs/Sommers 2007 extern eine sogenannte Asset Liability Management (ALM-) Studie vornehmen. Die Ergebnisse dieser Studie zeigten auf, dass bei Beibehaltung der bisherigen Anlagestrategie die notwendigen jährlichen Erträge künftig nicht zu erreichen gewesen wären. Gestützt darauf legte der Stiftungsrat für die Jahre ab 2008 eine neue Anlagestrategie fest, die durch eine massvolle Erhöhung des Aktienanteils und damit unter Inkaufnahme eines moderat erhöhten Anlagerisikos auf längere Sicht grössere Anlageerträge erwarten lässt. Um andererseits das höhere Anlagerisiko tragbar zu machen, musste aber gleichzeitig auch die Sollgrösse für die Wertschwankungsreserve von bisher 10 % auf 15 % des gesamten angelegten Vermögens erhöht werden.

Weiteren Einblick in das Geschäftsjahr 2007 unserer Kasse vermitteln Ihnen die nachfolgenden Seiten dieses Berichts. Für Informationen allgemeiner Art können wir Ihnen zudem unseren Internetauftritt empfehlen. Sie erreichen die Seite unter <http://www.pkrhb.ch>.

Fragen im Zusammenhang mit unserer Kasse beantworten wir Ihnen sehr gerne auch persönlich. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktnahme.

Chur, im Frühjahr 2008

Präsident des Stiftungsrates:
Marco Margadant

Geschäftsführer:
Urs Brunett

1. Geschäftsjahr, Allgemeines

Mit dem Berichtsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 2007) beendete die Pensionskasse der Rhätischen Bahn ihr 18. Geschäftsjahr als selbständige Personalvorsorge-Stiftung. Für den Stiftungsrat als leitendes und verantwortliches Organ war es das zweite Amtsjahr innerhalb der vierjährigen Amtsdauer 2006 bis 2009.

Der Stiftungsrat trat, verteilt über das ganze Jahr, zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. Die wichtigsten Traktanden, die zur Behandlung standen, waren:

- Konstituierung
- Bericht und Rechnung des Jahres 2006
- Vermögensanlage;
 - Anpassung und Umsetzung Anlagestrategie, gültig ab 2003
 - Überwachung der laufenden Anlagetätigkeiten (Controlling)
 - «Asset Liability Management»- (ALM-) Studie als Grundlage für eine neue Anlagestrategie ab 2008
 - Anlageplan 2008
- Kommunikationskonzept

Die Vorbereitung der Geschäfte des Stiftungsrates wie auch die Ausführung von dessen Beschlüssen lag – soweit nicht der Anlagekommission vorbehalten – im Zuständigkeitsbereich des Geschäftsführers.

Die auf Beginn des Geschäftsjahres 2006 ins Leben gerufene Anlagekommission, bestehend aus zwei Mitgliedern des Stiftungsrates und dem Geschäftsführer (letzterer mit beratender Stimme), versammelte sich im Jahresverlauf zu insgesamt drei Sitzungen. Hinzu kam eine Zusammenkunft mit Bankenvertretern und dem Anlageexperten zwecks Berichterstattung und Informationsvermittlung. Der Anlagekommission sind – unter der Oberaufsicht des Stiftungsrates – die zentralen Steuerungs-, Koordinations- und Überwachungsfunktionen im Anlagebereich übertragen.

In seiner ersten Sitzung zu Jahresbeginn wählte der Stiftungsrat Herrn Marco Margadant zu seinem neuen Präsidenten. Herr Margadant (Arbeitnehmervertreter und bisheriger langjähriger Vizepräsident) wurde damit Nachfolger von Herrn Faustin Carigiet, der bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stiftungsrat per Ende 2006 das Amt des Präsidenten ausgeübt hatte. Gleichzeitig mit der Präsidentenwahl wählte der Rat Herrn Silvio Briccola (Arbeitgebervertreter und bisheriges Ratsmitglied) zu seinem neuen Vizepräsidenten. Mit diesen beiden Wahlen wechselte das Präsidium des Stiftungsrates von der Arbeitgeber- zur Arbeitnehmerseite und umgekehrt das Vizepräsidium von der Arbeitnehmer- zur Arbeitgeberseite. Im Sinne der seit 2004 geltenden gesetzlichen Vorgaben sehen unsere Kassenbestimmungen vor, dass das Präsidium und das Vizepräsidium abwechslungsweise von der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite zu besetzen ist. Im Übrigen jedoch konstituiert sich der Stiftungsrat nach wie vor selbst.

2. Gesetzliche Grundlagen, Kassenbestimmungen

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres trat das neue Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG) in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde den eingetragenen Partnern und Partnerinnen im Bereich der beruflichen Vorsorge der gleiche Statuts eingeräumt wie den verheirateten Paaren. Konkret heisst das:

Hinterlassenenleistungen:	Die überlebende Person in eingetragener Partnerschaft hat den gleichen Leistungsanspruch wie der überlebende Ehegatte.
Wohneigentumsförderung:	Ein Vorbezug für Wohneigentumsförderung ist nur mit der schriftlichen Einwilligung des eingetragenen Partners zulässig.
Barauszahlung:	Eine Barauszahlung kann nur mit der schriftlichen Einwilligung des eingetragenen Partners erfolgen.
Auswirkungen im Falle einer Auflösung der Partnerschaft:	Wie bei einer Ehescheidung führt die gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partnerschaft zur Teilung der während der Dauer der eingetragenen Partnerschaft erworbenen Austrittsleistung der beruflichen Vorsorge.

Eine weitere Änderung im gesetzlichen Bereich per 1. Januar des Berichtsjahres mit unmittelbaren Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge betraf die Anpassung bzw. Erhöhung der AHV/IV-Renten. Näheres hierzu siehe nachstehende Ziffer 3.1.

Seitens unserer Kasse verlangten die gesetzlichen Neuerungen nach entsprechender Anpassung der reglementarischen Bestimmungen über das Vorsorgeverhältnis (Vorsorgereglement). Die Änderungen waren vom Stiftungsrat bereits Ende 2006 beschlossen worden und traten auf Anfang des Berichtsjahres in Kraft.

In mehreren, zeitlich gestaffelten Teilschritten wurden im Verlaufe des Berichtsjahres auch die reglementarischen Bestimmungen im Anlagebereich (Anlagereglement) punktuell überarbeitet. Die Änderungen wurden vom Stiftungsrat beschlossen im Zusammenhang mit der Umsetzung der bisherigen Anlagestrategie sowie mit der Erarbeitung und Verabschiedung der neuen Anlagestrategie, gültig ab dem Jahr 2008.

Die Aufsichtsbehörde nahm von den Reglementsänderungen vorbehaltlos Kenntnis.

3. Versicherungsbedingungen

3.1 AHV/IV und Pensionskasse

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres wurden die AHV/IV-Renten um 2.8 % erhöht (Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung). Der Betrag der maximalen AHV-Altersrente stieg von CHF 25'800 auf CHF 26'520 jährlich.

Dies hatte unmittelbar Auswirkungen auf die reglementarischen Werte unserer Kasse, die mit den AHV/IV-Renten im Bezug stehen.

3.2 Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben

In der obligatorischen Mindestvorsorge nach dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) sind die angesammelten Alters- bzw. Sparguthaben (Vorsorgekapitalien) der aktiven Versicherten zum BVG-Mindestzinssatz zu verzinsen. Dieser Satz wird jährlich vom Bundesrat festgelegt. Im Berichtsjahr belief er sich wie im Vorjahr auf 2.5 %.

Bei unserer Kasse gelangte in der Vergangenheit seit dem Jahr 2002 (Einführung Beitragsprimat) bis und mit dem Berichtsjahr für die Verzinsung der reglementarischen Sparguthaben stets der BVG-Mindestsatz zur Anwendung. Auch für das laufende Jahr 2008 wurde beschlossen, wieder den BVG-Mindestsatz anzuwenden, der nun bei 2.75 % liegt. Einzig im Berichtsjahr wurde nachträglich zu Lasten der Jahresrechnung 2006 noch eine einmalige, ausserordentliche Zusatzverzinsung im Ausmass von 2.0 % gewährt (je 1.0 % pro 2005 und pro 2006). Gemäss Vorsorgereglement hat der Stiftungsrat die Höhe der Verzinsung der Sparguthaben aufgrund der Ertragslage der Kasse festzulegen, wobei im Minimum der BVG-Mindestsatz massgebend ist.

Von ebensolcher Bedeutung für die Kasse wie der Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben ist der (versicherungs-) technische Zinssatz auf den Deckungskapitalien (Vorsorgekapitalien) der Rentner. Die Höhe des technischen Zinssatzes bemisst sich unabhängig vom Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben aufgrund der zur Anwendung gelangenden technischen Grundlagen (zur Zeit EVK 2000, 3.5 %).

Die Entwicklung der beiden Zinssätze zeigt im Vergleich folgendes Bild:

Jahr	Satz für die Verzinsung der Sparguthaben der aktiven Versicherten	Satz für die Verzinsung der Deckungskapitalien der Rentner (technischer Zins)
2002	4 %	4 %
2003	3.25 %	4 %
2004	2.25 %	4 %
2005	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)	3.5 %
2006	2.5 % (+ 1.0 % Zusatzverzinsung = 3.5 %)	3.5 %
2007	2.5 %	3.5 %

Damit ist dargelegt, dass bezüglich der Verzinsung der Vorsorgekapitalien – trotz der im Berichtsjahr erfolgten nachträglichen Zusatzverzinsung der Sparguthaben – nach wie vor ein Ungleichgewicht zu Ungunsten der aktiven Versicherten bzw. zu Gunsten der Rentner besteht.

3.3 Umwandlungssatz

Der Umwandlungssatz bestimmt im Zeitpunkt der Pensionierung die Höhe der jährlichen Altersrente in Prozent des angesammelten individuellen Sparguthabens.

In der obligatorischen Mindestvorsorge nach BVG lag der massgebende Umwandlungssatz für das ordentliche Rentenalter (AHV-Alter) im Berichtsjahr bei 7.10 %, im Vorjahr (2006) bei 7.15 %. Gemäss 1. BVG-Revision, in Kraft seit 1. Januar 2005, wird der Satz bis zum Jahr 2014 in sukzessiven Teilschritten bis auf 6.8 % herabgesetzt. Obwohl der Bundesrat bereits Ende des Vorjahres den Eidgenössischen Räten eine erneute und raschere Senkung des Umwandlungssatzes beantragt hatte, kam es bis Ende Berichtsjahr zu keinem neuen Gesetzesbeschluss. Für den Bundesrat sind es besonders die rückläufigen Anlageerträge, die nach einer weiteren Senkung des Umwandlungssatzes verlangen.

Bei unserer Kasse entsprechen die reglementarischen Umwandlungssätze für das AHV-Alter den sinkenden Sätzen der heutigen gesetzlichen Regelung für Männer (Zielwert 6.8 % im Jahr 2014). Die Sätze gelten ohne Unterschied für die obligatorische wie für die überobligatorische Vorsorge und finden geschlechtsneutral Anwendung. Die Umwandlungssätze, die bei vorzeitigen Altersrücktritten vor dem AHV-Alter anwendbar sind, sind dem früheren Rentenbeginn bzw. der längeren Rentenbezugsdauer angepasst (siehe auch Anhang zur Jahresrechnung).

Der Stiftungsrat ist sich nach wie vor bewusst, dass die heutigen reglementarischen Umwandlungssätze gegenüber den technisch erforderlichen Umwandlungssätzen zu hoch sind, was bei jeder Neuberentung (Pensionierung) zu einem finanziellen Verlust für die Kasse führt. Von daher steht ausser Diskussion, dass die Umwandlungssätze weiter zu senken sind. Doch solange diesbezüglich auf der Ebene der Gesetzgebung die Beratungen fort-dauern und keine neuen Beschlüsse vorliegen, dürften kassenseitig einer weiteren Herabsetzung der Umwandlungssätze bald bestimmte Grenzen gesetzt sein. Zudem ist kurzfristig eine weitere Senkung der Umwandlungssätze auch deshalb nicht zwingend, weil wie bis anhin davon ausgegangen werden kann, dass die Mittel der vorsorglich gebildeten Rückstellung zur Ausfinanzierung der heutigen Pensionierungsverluste noch für einige Jahre ausreichend sein werden. Vorbehalten bleibt hier allerdings eine abweichende, restriktivere Beurteilung für den Fall, dass sich die finanzielle Situation der Kasse wesentlich verschlechtern sollte (vgl. Anhang zur Jahresrechnung, Ziff. 9).

4. Vermögensanlage

4.1 Allgemeines

Stiftungsrat, Anlagekommission und Geschäftsführer teilten sich die Aufgaben der Vermögensanlage ordnungsgemäss im Rahmen der geltenden Zuständigkeits- und Kompetenzregelung. Massgebliche fachliche Unterstützung kam dabei von Seiten des Anlageexperten (Investment-Consultant).

Das erste Quartal des Berichtsjahres stand insbesondere im Zeichen der Umsetzung der vom Stiftungsrat im Dezember des Vorjahres beschlossenen Neuvergabe von vier Vermögens-Verwaltungsmandaten für die Wertschriftenanlage (Graubündner Kantonalbank, UBS, Credit Suisse sowie Vontobel Asset Management). Während es im Fall Vontobel um die Erneuerung des bisherigen Mandates ging, kam es in den übrigen drei Fällen effektiv zu neuen Mandaten. Die Verträge wurden erstellt und die Vermögenstranchen entsprechend zugeteilt.

Ein weiteres zentrales Geschäft allgemeiner Art bildete im zweiten und dritten Jahresquartal die Vornahme einer sogenannten «Asset Liability Management»-Studie (kurz: ALM-Studie). Der Auftrag dazu ging an die Firma ECOFIN Investment Consulting AG, Zürich. Zweck der Studie war es, zu überprüfen, ob die verfolgte Anlagestrategie geeignet ist, das finanzielle Gleichgewicht unserer Kasse langfristig zu sichern. Mit einer ALM-Studie werden Finanzierungschancen und -risiken aufgezeigt sowie der Handlungsspielraum und das Optimierungspotential im Anlagebereich ausgelotet. Studienziel ist letztlich die Empfehlung einer Anlagestrategie, die der kassenspezifischen Risikofähigkeit und Risikotoleranz entspricht, sowie damit verbunden auch der Soll-Grösse für die Wertschwankungsreserve.

Gestützt auf das Ergebnis der ALM-Studie beschloss der Stiftungsrat im November des Berichtsjahres eine neue Anlagestrategie für die Jahre ab 2008. Wesentliches Merkmal dieser Strategie ist ein über mehrere Jahre hinweg schrittweiser Ausbau des Anteils der Aktienanlagen bei gleichzeitiger Erhöhung des Bedarfs an Wertschwankungsreserve (Zielgrösse) von bisher 10 % auf neu 15 % des insgesamt angelegten Vermögens.

4.2 Anlagebedingungen

a) Wertschriften

Im Berichtsjahr entwickelten sich die Pictet BVG Indizes als Referenzindizes zur Beurteilung der Performance (Rendite) bei der Portfoliobewirtschaftung wie folgt:

Der *Pictet BVG Index 93* weist eine leicht positive Rendite von +0.19 % aus. Die Jahresrendite lag somit um -2.31 %-Punkte erheblich unter der geforderten Mindestverzinsung von +2.50 % p.a. (BVG-Mindestzins).

Die Renditen der *Pictet BVG Indizes 2000* liegen durchwegs im positiven Bereich, wie folgende Ergebnisse zeigen: *Pictet BVG Index 25* +0.94 %, *Pictet BVG Index 40* +1.46 % und *Pictet BVG Index 60* +2.17 %.

Die *Pictet BVG Indizes 2005*, welche im Vergleich zu den *Pictet BVG Indizes 2000* zusätzlich Ergänzungsanlagen (High Yields, Emerging Markets, Small Caps) sowie alternative Anlagekategorien (Immobilien, Hedge Funds, Private Equity) beinhalten, entwickelten sich in folgender Weise negativ: *BVG Index 25 plus* -0.03 %, *BVG Index 40 plus* -0.34 % und *BVG Index 60 plus* -0.58 %. Die Renditen blieben klar hinter den Renditen der traditionellen *Pictet BVG Indizes 2000* zurück. Der Einsatz von Ergänzungsanlagen und von alternativen Anlagen lohnte sich somit im Berichtsjahr nicht.

b) Hypotheken

Die Zinssätze für Hypotheken werden grundsätzlich in Anlehnung an die Praxis der Graubündner Kantonalbank (GKB) festgelegt.

Die GKB erhöhte ihre Zinssätze für variable Hypotheken per 1. Mai des Berichtsjahres um ¼ %. Aufgrund der kurzfristigen Ankündigung von Seiten der Bank wurde die entsprechende Erhöhung bei unserer Kasse erst per 1. Juli vollzogen. Seitdem verrechnet unsere Kasse für variable Hypotheken folgende Sätze:

Destinatäre	1. Rang	3 %
	2. Rang	4 %
Dritte	1. Rang	3 ¼ %
	2. Rang	4 ¼ %

Bei den Festhypotheken (fest verzinsliche Darlehen) waren die Zinssätze, die bei den jeweiligen Abschlüssen zur Anwendung gelangten, den marktbedingten Schwankungen unterworfen. Aufgrund der gegenüber den variablen Hypotheken zum Teil etwas höher gelegenen Zinssätze war auch im Berichtsjahr – wie bereits im Vorjahr – bei der Nachfrage vermehrt der Trend hin zu variablen Hypotheken feststellbar.

Im Übrigen erfolgte die Gewährung von Hypotheken im Rahmen der diesbezüglichen besonderen Richtlinien im Anlagereglement.

c) Immobilien im Direktbesitz

Sämtliche Objekte konnten im Berichtsjahr praktisch zu 100 % vermietet werden (keine Leerstände).

Unterhaltsinvestitionen erfolgten im Berichtsjahr nur in kleinerem Rahmen (z.B. Erneuerung von Fussböden bei Mieterwechseln). Grössere Investitionen wurden zurückgestellt im Hinblick auf die bereits im Vorjahr in die Wege geleitete Erarbeitung von umfassenden, mehrjährigen Unterhaltsplänen für jedes einzelne Objekt. Inzwischen liegen die Unterhaltspläne vor.

Wie vorgesehen, konnte bis zum Ende des Berichtsjahres bei allen Objekten die aufgrund der neuen Rechnungslegungsvorschriften Swiss GAAP FER 26 erforderliche Neubewertung nach einer Ertragswertmethode durchgeführt und abgeschlossen werden. Bei zwei Objekten (Via Sorts, Ilanz, sowie Barblanstrasse 21/23/25, Chur) war diese Neubewertung bereits im Vorjahr erfolgt. Zur Anwendung gelangte die DCF- (Discounted-Cash-Flow-) Methode.

4.3 Anlageergebnis

a) Anlageergebnis bei den Wertschriften

Auf den Wertschriftenanlagen (inkl. Immobilienanteile bei Anlagestiftungen) wurde im Berichtsjahr eine Anlagerendite von durchschnittlich **0.28 %** (Vorjahr 5.10 %) erzielt.

Die einzelnen Banken erzielten auf ihren Portfolios folgende Renditen (in Klammern Benchmarkrenditen):

	2007		2006	
Graubündner Kantonalbank (GKB)	0.48 %	(- 0.48 %)	5.49 %	(5.33 %)
UBS	0.24 %	(- 0.48 %)	5.27 %	(5.33 %)
Credit Suisse (CS)	0.49 %	(- 0.48 %)	6.09 %	(5.33 %)
Vontobel Asset Management (VAM)	- 0.08 % ¹⁾	(- 0.48 %)	5.51 % ²⁾	(4.39 %) ²⁾
Raiffeisenbank Bündner Rheintal	-	-	0.15 % ³⁾	(- 1.04 %) ³⁾

1) Im Unterschied zu übrigen Banken andere Mandatsstruktur im 1. Quartal (vor Mandatserneuerung) infolge Einbezug des nur aus Obligationenanlagen zusammengesetzten Portfolios der Raiffeisenbank Bündner Rheintal im Vorjahr

2) Nach Einbezug des bisherigen Portfolios der Raiffeisenbank Bündner Rheintal

3) Bis zur Überführung des Portfolios zu Vontobel Asset Management

Der starke Renditerückgang im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr ist weitestgehend das Spiegelbild der vorgeherrschten, schwierigen Anlagebedingungen (starke Volatilität, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte).

Renditen des Berichtsjahres bei den einzelnen Anlagekategorien:

Anlagekategorie	Benchmarkrendite	Erzielte Rendite				
		Total	GKB	UBS	CS	VAM ¹⁾
Obligationen CHF	- 0.62 %	- 0.23 %	- 0.34 %	- 0.47 %	- 0.42 %	0.20 %
Obligationen Fremdwährungen	2.93 %	2.77 %	1.63 %	2.26 %	3.06 %	4.19 %
Aktien Schweiz	- 0.04 %	- 1.86 %	- 1.12 %	- 0.39 %	- 5.38 %	- 0.09 %
Aktien Ausland	1.62 %	1.54 %	- 0.30 %	0.65 %	1.90 %	3.47 %
Immobilien (Anlagestiftungen/Fonds)	- 3.53 %	1.12 %	5.25 %	2.14 %	0.84 %	- 4.09 %
Total	- 0.48 %	0.28 %	0.48 %	0.24 %	0.49 %	- 0.08 %

1) Im Unterschied zu übrigen Banken andere Mandatsstruktur im 1. Quartal (vor Mandatserneuerung) infolge Einbezug des nur aus Obligationenanlagen zusammengesetzten Portfolios der Raiffeisenbank Bündner Rheintal im Vorjahr

b) Anlageergebnis bei den übrigen Anlagen

Auf den übrigen angelegten Vermögenswerten – neben den Wertschriften – wurden im Berichtsjahr nachstehende Renditen erwirtschaftet:

- Hypotheken	3.03 %	(Vorjahr 2.93 %)
- Kapitalversicherungen (Festverzinsliche Nominalwertanlagen)	4.61 %	(Vorjahr 4.41 %)
- Immobilien im Direktbesitz	7.10 % ¹⁾	(Vorjahr 5.00 %)

1) Weiteres siehe Anhang zur Jahresrechnung

c) Anlageergebnis insgesamt

Die Erträge und Gewinne auf dem im gesamten angelegten, mittleren Vermögen erreichten im Berichtsjahr durchschnittlich **1.54 %** (Vorjahr 4.75 %).

Demgegenüber belief sich die Sollrendite gemäss Anlageplan 2007 (erforderliche Mindestrendite zur Erhaltung des Deckungsgrades auf konstantem Niveau) auf rund 3.6 %. Entsprechend der fehlenden, nicht erwirtschafteten Differenz mussten Mittel der Wertschwankungsreserve beansprucht werden, was die Rückbildung (Verminderung) dieser Reserve zur Folge hatte (siehe dazu auch Anhang zur Jahresrechnung).

5. Teuerungsausgleich auf den Renten

In den wenigen Einzelfällen, in denen sich laufende Hinterlassenen- und Invalidenrenten auf der Höhe der obligatorischen Mindestvorsorge nach BVG bewegen, wurden diese Renten nach den geltenden BVG-Vorschriften¹⁾ an die Preisentwicklung angepasst (obligatorischer Renten-Teuerungsausgleich).

Im ausserobligatorischen Bereich sah sich der Stiftungsrat wiederum veranlasst, von einer Rentenanpassung abzusehen, und zwar sowohl für das Berichtsjahr als auch für das laufende Jahr 2008. Die gesetzlichen Bestimmungen (BVG) wie auch die gestützt darauf anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften Swiss GAAP FER 26 lassen Leistungsverbesserungen zu Lasten der Kasse nur beim Vorhandensein freier Mittel zu. Freie Mittel dürfen erst ausgewiesen werden, wenn die erforderlichen technischen Rückstellungen, die nach den Vorgaben des Experten für berufliche Vorsorge bemessen werden müssen, vollständig geüffnet sind und die benötigte Wertschwankungsreserve ihre vorbestimmte Zielgrösse erreicht hat (siehe dazu auch Anhang zur Jahresrechnung).

Wenn auch aufgrund der Entwicklung der Konsumentenpreise eine Anpassung der Renten durchaus erwünscht und berechtigt erscheinen mag, so verfügt unsere Kasse gegenwärtig nicht über die erforderlichen freien Mittel zur Finanzierung einer solchen Zusatzleistung bzw. des dafür zusätzlich benötigten Renten-Deckungskapitals. In erster Priorität sind die verfü-

1) Massgebend für das Berichtsjahr:
Bekanntmachung vom 19. Oktober 2006 des Bundesamtes für Sozialversicherung «Anpassung der laufenden BVG-Hinterlassenen- und Invalidenrenten an die Preisentwicklung auf den 1. Januar 2007»

baren Finanzmittel zur Sicherung der bestehenden Renten sowie zur Erhaltung der erworbenen Ansprüche der aktiven Versicherten einzusetzen.

6. Gesetzliche Wohneigentumsförderung

Die Geschäftsvorfälle gemäss dem – im BVG integrierten – Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge, in Kraft seit 1. Januar 1995, entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2007		2006	
	Anzahl	Betrag in CHF	Anzahl	Betrag in CHF
Total	26		23	
Vorbezüge	22	1.699 Mio	16	1.189 Mio
Verpfändungen	4		7	

Vorbezogen werden kann vom Versicherten ein Betrag bis zur Höhe seines Freizügigkeitsguthabens, wobei ab dem erfüllten 50. Altersjahr Einschränkungen bestehen. Verpfändbar ist der Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder ein Betrag bis zur Höhe des möglichen Vorbezugs.

7. Information der aktiven Versicherten und Pensionierten

Im ersten Quartal des Berichtsjahres erhielten die aktiven Versicherten wie alljährlich einen persönlichen Leistungsausweis mit den aktuellen Leistungs- und Versicherungsdaten zugestellt.

Gegen den Sommer hin wurde im üblichen Rahmen den aktiven Versicherten und den Pensionierten der Geschäftsbericht 2006 zum Bezug angeboten.

Daneben wurden, je nach Situation und Bedürfnissen, Informationen individuell oder kollektiv vermittelt. So insbesondere auch anlässlich der im November stattgefundenen Jahresversammlung der im Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) organisierten Rentner, wo vom Präsidenten des Stiftungsrates und vom Geschäftsführer Ausführungen zum Thema «Teuerungsausgleich auf den Renten» gemacht wurden (siehe hierzu auch vorstehende Ziff. 5).

Weiter ausgebaut wurde ferner die Möglichkeit für die aktiven Mitarbeitenden der Rhätischen Bahn, allgemeine Informationen über unsere Kasse im Intranet beschaffen zu können. Ausserdem wurde in Aussicht genommen, eine allgemein zugängliche Homepage für das Internet zu schaffen.

Die Informations- und Kommunikationsaktivitäten lagen alle auf der Linie des neuen, vom Stiftungsrat im Frühjahr verabschiedeten Kommunikationskonzeptes.

8. Berichts- und Rechnungsabnahme

Gestützt auf die Prüfungsergebnisse erteilte der Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 12. Juni 2008 dem Jahresbericht und der Jahresrechnung 2007 die vorbehaltlose Genehmigung. Der Geschäftsführer wurde entlastet.

IV. Bilanz per 31. Dezember 2007 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2007	2006
AKTIVEN			
Vermögensanlage			
1. Flüssige Mittel, Festgeldanlagen	6.4	8'594'851.16	21'037'782.18
2. Forderungen und Darlehen	6.4	1'275'377.10	641'655.95
3. Anlagen beim Arbeitgeber	6.8.1	78'380.88	116'945.63
4. Hypotheken		85'117'041.42	86'332'312.75
5. Kapitalversicherungen	6.4	7'000'000.00	8'000'000.00
6. Obligationen CHF	6.4	147'918'534.00	162'471'474.79
7. Obligationen Fremdwährungen	6.4	39'399'107.00	38'875'695.46
8. Aktien Schweiz	6.4	56'277'738.00	52'404'165.87
9. Aktien Ausland	6.4	64'014'284.00	55'711'659.09
10. Immobilien	7.1	102'461'201.65	87'991'373.80
Total Vermögensanlage		<u>512'136'515.21</u>	<u>513'583'065.52</u>
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.4	2'234'526.00	4'550'224.70
Total Aktiven		<u>514'371'041.21</u>	<u>518'133'290.22</u>
PASSIVEN			
Verbindlichkeiten			
Freizügigkeitsleistungen und Renten		1'471'096.80	117'555.50
Andere Verbindlichkeiten		430'510.76	473'386.92
Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB	7.2	782'030.00	349'910.00
Total Verbindlichkeiten		<u>2'683'637.56</u>	<u>940'852.42</u>
Passive Rechnungsabgrenzung		359'026.90	4'201'219.60
Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	10'385'844.95	7'545'446.60
Hilfskasse			
Dr. A. von Planta-Stiftung		55'040.35	54'205.60
Hilfsfonds		2'100'516.82	2'085'996.12
Total Hilfskasse	3.3	<u>2'155'557.17</u>	<u>2'140'201.72</u>
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen			
Sparguthaben aktive Versicherte	5.2.1	196'979'942.50	198'862'946.10
Sparguthaben Invalide	5.2.2	4'514'899.25	3'728'494.80
Deckungskapital Rentner	5.4	244'303'246.00	241'872'239.00
Technische Rückstellungen	5.8	21'075'215.70	21'034'395.55
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		<u>466'873'303.45</u>	<u>465'498'075.45</u>
Wertschwankungsreserve	6.3	31'913'671.18	37'807'494.43
Stiftungskapital, Unterdeckung			
Stand zu Beginn der Periode (Passivenüberschuss)		0.00	0.00
Ertrags- / Aufwandüberschuss		0.00	0.00
Stiftungskapital		<u>0.00</u>	<u>0.00</u>
Total Passiven		<u>514'371'041.21</u>	<u>518'133'290.22</u>

V. Betriebsrechnung 2007 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2007	2006
Versicherungsteil			
Beiträge der Versicherten	3.2	6'611'476.85	6'655'992.45
Beiträge des Arbeitgebers	3.2	8'373'045.35	8'381'586.05
Einmaleinlagen und Einkäufe Versicherte		323'000.00	213'500.00
Einkäufe von Rentenleistungen Arbeitgeber		0.00	444'374.00
Einlagen in Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	4'100'000.00	0.00
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen		19'407'522.20	15'695'452.50
Freizügigkeitseinlagen		2'593'179.39	2'166'906.27
Einzahlungen Vorbezüge / Ehescheidungen		327'815.25	17'503.50
Übrige Eintrittsleistungen		0.00	252'738.15
Eintrittsleistungen		2'920'994.64	2'437'147.92
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		22'328'516.84	18'132'600.42
Altersrenten		-12'918'529.40	-12'751'169.35
Alters-Kinderrenten		-31'881.90	-29'938.80
AHV-Ersatzrenten (rückzahlbar)		2'847.20	7'977.05
Alters-Kapitalabfindungen		-1'306'514.10	-859'392.35
Witwen-/Ehegattenrenten		-4'995'168.35	-4'865'082.90
Waisenrenten		-47'913.45	-50'148.60
Hinterlassenen-Kapitalabfindungen		0.00	-68'278.00
Invalidenrenten		-3'358'216.90	-3'600'620.90
Rückvergütung von IV-Ersatzrenten		0.00	14'337.00
Berufsinvalidenrenten		-36'102.90	-26'762.05
Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten		-158'626.40	-178'949.75
Invaliden-Kinderrenten		-59'797.50	-74'677.45
Sparbeiträge auf Sparkapital Invalide	5.2.2	-127'063.40	-109'912.40
Reglementarische Leistungen		-23'036'967.10	-22'592'618.50
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt (Überweisungen)		-8'539'226.00	-2'393'293.05
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt (Barzahlungen)		-747'296.80	-600'511.90
Vorbezüge Wohneigentumsförderung		-1'698'500.00	-1'189'421.20
Übertragungen bei Ehescheidung		-979'613.55	-100'345.70
Austrittsleistungen, Vorbezüge		-11'964'636.35	-4'283'571.85
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-35'001'603.45	-26'876'190.35
Auflösung (+) / Bildung (-) Sparguthaben aktive Vers.	5.2.1	10'537'709.65	1'104'914.50
Auflösung (+) / Bildung (-) Sparguthaben Invalide	5.2.2	-480'950.95	-214'015.95
Auflösung (+) / Bildung (-) Deckungskapital Rentner	5.4	-2'431'007.00	158'313.40
Auflösung (+) / Bildung (-) technische Rückstellungen	5.8	-40'820.15	-759'996.45
Verzinsung Sparguthaben	5.2	-4'940'078.70	-4'850'107.95
Zusatzverzinsung Sparguthaben		0.00	-3'893'017.45
Auflösung (+) / Bildung (-) Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	-2'689'086.50	0.00
Auflösung / Bildung von Vorsorgekapitalien / technischen Rückstellungen		-44'233.65	-8'453'909.90
Beitrag Sicherheitsfonds BVG		-124'528.55	-166'721.60
Versicherungsaufwand		-124'528.55	-166'721.60
Netto-Ergebnis aus Versicherungsteil (Übertrag)		-12'841'848.81	-17'364'221.43

V. Betriebsrechnung 2007 (in CHF, mit Vorjahreszahlen)

	Anhang Ziffer	2007	2006
Netto-Ergebnis aus Versicherungsteil (Hertrag)		-12'841'848.81	-17'364'221.43
Nettoertrag Flüssige Mittel, Festgeldanlagen		279'587.68	156'678.84
Nettoertrag Anlagen beim Arbeitgeber		7'917.15	6'958.55
Nettoertrag Hypotheken		2'596'043.60	2'541'845.30
Nettoertrag Kapitalversicherungen		345'785.00	419'033.00
Nettoertrag Obligationen CHF		-173'620.01	548'331.80
Nettoertrag Obligationen Fremdwährungen		937'200.98	385'219.52
Nettoertrag Aktien Schweiz		-338'344.01	9'225'906.71
Nettoertrag Aktien Ausland		987'060.94	6'715'768.51
Nettoertrag Immobilien	6.7.1	3'966'413.97	4'553'291.65
Zinsen auf Arbeitgeber-Beitragsreserve	6.8.2	-151'311.85	-342'156.30
Zinsen auf Hilfskassenkapital	7.3	-32'959.10	-97'831.30
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlage		-693'608.65	-515'235.06
Nettoergebnis aus Vermögensanlage		7'730'165.70	23'597'811.22
Ertrag aus erbrachten Leistungen		7'732.50	6'937.30
Verwaltungsaufwand	7.4	-110'297.64	-65'185.07
Bildung Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB zu Lasten Arbeitgeber-Beitragsreserve	7.5	-679'575.00	0.00
Zinsgutschrift an Dr. A. von Planta-Stiftung	7.3	834.75	2'458.00
Zinsgutschrift an Hilfsfonds	7.3	32'124.35	95'373.30
Fundgegenstände		0.00	20.00
Gehalts-/Rentenkürzungen bei Unfall-Entschädigungen		401.00	401.00
Andere Erträge		1'279.35	1'746.80
Leistungen und Zuschüsse		-19'284.00	-19'404.00
Nettoergebnis Hilfskasse		15'355.45	80'595.10
Übertrag Nettoergebnis Hilfskasse		-15'355.45	-80'595.10
Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-) vor Bildung / Auflösung Wertschwankungsreserve		-5'893'823.25	6'175'342.02
Auflösung (+) / Bildung (-) Wertschwankungsreserve	6.3	5'893'823.25	-6'175'342.02
Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-)		0.00	0.00

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Siehe Abschnitt «Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht» am Anfang des vorliegenden Berichts.

1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Siehe Abschnitt «Kassenleitung, Investment-Consulting, Kontrolle und Aufsicht» am Anfang des vorliegenden Berichts.

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

1.6.1 Stifterfirma

Rhätische Bahn AG (RhB), Chur

1.6.2 Weitere angeschlossene Arbeitgeber

Keine.

Bezüglich Anschlüsse von weiteren Arbeitgebern waren im Berichtsjahr keine Änderungen zu verzeichnen.

Kommt es zum Anschluss eines Arbeitgebers, so erfolgt dies durch eine schriftliche Anschlussvereinbarung, die der Aufsichtsbehörde und der Stifterfirma sowie den angeschlossenen Arbeitgebern zur Kenntnis zu bringen ist.

2. Aktive Versicherte und Rentner

2.1 Aktive Versicherte

	31. Dezember 2007 Anzahl	31. Dezember 2006 Anzahl
Bestand	1'273	1'353
Vollversicherung	1'253	1'323
• Männer	1'127	1'193
• Frauen	126	130
Risikoversicherung	20	30
• Männer	14	17
• Frauen	6	13

2.2 Rentner

	31. Dezember 2007 Anzahl	31. Dezember 2006 Anzahl
Bestand (ohne Kinder und Waisen)	948	940
Invalidenrenten	180	184
Invaliden-Kinderrenten	30	26
Bezüger von Invalidenrenten mit zusätzlicher Invalidenrente/IV-Ersatzrente	(19)	(22)
Altersrenten	418	410
Alters-Kinderrenten	9	4
Witwen- / Ehegattenrenten	350	346
Waisenrenten	20	17

3. Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung Vorsorgeplan

Der Vorsorgeplan beruht auf dem Beitragsprimat (seit 1. Januar 2002). Die obligatorische Mindestvorsorge nach BVG ist im Plan mitenthalten (sogenannter BVG-umhüllender Vorsorgeplan).

Die Altersrente berechnet sich in Prozenten (Umwandlungssatz) des Sparguthabens, das der/die Versicherte beim Rentenbeginn erworben hat. Im Sinne einer Übergangsregelung sind in Abhängigkeit vom Jahrgang und vom Lebensalter des/der Versicherten im Zeitpunkt des Rentenbeginns (in Jahren und Monaten) geschlechtsneutral folgende Umwandlungssätze anwendbar:

Renten- beginn	Jahrgang						
	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948
Alter 65	7.10	7.05	7.05	7.00	6.95	6.90	6.85
Alter 64	7.05	7.00	6.95	6.90	6.85	6.80	6.75
Alter 63		6.90	6.85	6.80	6.75	6.70	6.65
Alter 62			6.75	6.70	6.65	6.60	6.55
Alter 61				6.60	6.55	6.50	6.45
Alter 60					6.45	6.40	6.35

Renten- beginn	Jahrgang						
	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Alter 65	6.80	→					
Alter 64	6.70	6.65	→				
Alter 63	6.60	6.55	6.50	→			
Alter 62	6.50	6.45	6.40	6.35	→		
Alter 61	6.40	6.35	6.30	6.25	6.20	→	
Alter 60	6.30	6.25	6.20	6.15	6.10	6.05	→

Die Umwandlungssätze für das Alter 65 entsprechen den Mindest-Umwandlungssätzen für Männer gemäss BVG bzw. BVV 2.

Auf Gesuch hin können die Altersleistungen bis höchstens zur Hälfte in Form einer Kapitalabfindung gewährt werden.

Die Invalidenrente beträgt grundsätzlich 60 Prozent des versicherten Lohnes im Zeitpunkt des Eintritts des Vorsorgefalles; sie darf jedoch nicht höher sein als die voraussichtliche Altersrente, die dem/der Versicherten für das Alter 65 in Aussicht steht. Der Anspruch auf Invalidenrente dauert längstens bis zum Alter 65. Ab diesem Zeitpunkt besteht Anspruch auf die Altersrente auf der Basis des (zu Lasten der Kasse) weiterhin geäußerten Sparguthabens.

Die Ehegattenrente für den überlebenden Ehepartner im Fall des Todes des/der Versicherten beläuft sich auf zwei Drittel der anwartschaftlichen oder bezogenen Invalidenrente oder, falls eine Altersrente bezogen wurde, zwei Drittel der Altersrente.

Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Jahreslohn vermindert um einen Koordinationsabzug. Höhe des Koordinationsabzuges:

33 1/3 Prozent des massgebenden Jahreslohnes, jedoch

- mindestens 66 2/3 Prozent der jährlichen maximalen AHV-Altersrente und
- höchstens sieben Achtel der jährlichen maximalen AHV-Altersrente

(Jährliche maximale AHV-Altersrente: Ab 2007 CHF 26'520)

Im Minimum hat der versicherte Lohn einen Achtel der jährlichen maximalen AHV-Altersrente (ab 2007 CHF 3'315) zu betragen; erreicht er diesen Wert nicht, so wird er entsprechend erhöht.

Bei Teilzeitbeschäftigung wird der versicherte Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad festgelegt.

Die Lohnschwelle, ab welcher die Aufnahme in die Versicherung obligatorisch zu erfolgen hat, liegt bei drei Vierteln der jährlichen maximalen AHV-Altersrente (ab 2007 CHF 19'890).

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die jährlichen Spargutschriften (Sparbeiträge) und die zusätzlichen Risikobeiträge sind abhängig vom Alter des/der Versicherten und entsprechen folgenden Prozentsätzen des versicherten Lohnes:

Arbeitgeber

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
18-21	--	1.25	1.25
22-29	5.00	2.00	7.00
30-34	5.50	2.00	7.50
35-39	6.50	2.00	8.50
40-44	8.00	2.00	10.00
45-49	9.50	2.00	11.50
50-54	12.25	2.00	14.25
55-60	15.25	2.00	17.25
61-62	12.25	2.00	14.25
63-65	5.00	2.00	7.00

Versicherte

Alter	Spargutschrift	Risikobeitrag	Gesamtbeitrag
18-21	--	1.25	1.25
22-29	5.00	2.00	7.00
30-34	5.50	2.00	7.50
35-39	6.50	2.00	8.50
40-44	7.00	2.00	9.00
45-49	7.50	2.00	9.50
50-54	7.75	2.00	9.75
55-60	7.75	2.00	9.75
61-62	7.75	2.00	9.75
63-65	5.00	2.00	7.00

Die RhB überweist die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge jeweils monatlich der Kasse.

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Unter dem Titel «Hilfskasse» unterhält die Kasse ausserhalb des eigentlichen Vorsorgeplans einen Sozialhilfefonds. Daraus können Bedürftige mit Ermessensleistungen (einschliesslich Darlehen) unterstützt werden. Der Fonds finanziert sich aus den Vermögenserträgen und aus Zuwendungen.

4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die Buchführung, Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des OR und des BVG. Die Jahresrechnung, die aus der Bilanz, der Betriebsrechnung und dem Anhang besteht, vermittelt die tatsächliche finanzielle Lage im Sinne der Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge und entspricht den geltenden Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 26.

Die Erstanwendung von Swiss GAAP FER 26 erfolgte mit der Jahresrechnung 2005.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Per 31. Dezember 2007 gelangten nachstehende Bewertungsgrundsätze zur Anwendung.

4.2.1 Wertschriften

Obligationen, Aktien usw. (inkl. Anrechte Anlagestiftungen/Fonds) werden zu Kurswerten (Marktwerten) per Bilanzstichtag bilanziert. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam als Nettoertrag aus Wertschriften verbucht.

4.2.2 Fremdwährungsumrechnung

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen oder, wenn solche fehlen, zu den monatlichen Durchschnittskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

4.2.3 Hypothekendarlehen

Die Bilanzierung der Hypothekendarlehen (Aktivhypotheken) erfolgt zum Nominalwert unter Abzug betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Die Anrechte Anlagestiftungen werden zum Kurswert bilanziert, wobei Abweichungen des Kurswertes vom Buchwert erfolgswirksam verbucht werden.

4.2.4 Immobilien

Die Immobilien (Liegenschaften) im Direktbesitz werden zum Ertragswert bilanziert, wobei für die Bewertung der Objekte die DCF- (Discounted-Cash-Flow-) Methode zur Anwendung gelangt.

Als Übergangsregelung (seit Einführung von Swiss GAAP FER 26) wurden in den Rechnungsjahren 2005 und 2006 diejenigen Objekte, bei denen die Bewertung noch nicht nach der DCF-Methode erfolgt war, zum amtlichen Verkehrswert, abzüglich 5 Prozent, bewertet (vgl. nachstehende Ziffer 4.3).

Die Bewertung unvollendeter Objekte im Bau erfolgt zu den aufgelaufenen Baukosten.

Bei absehbarer Veräusserung von Objekten werden die geschätzten Verkaufskosten und Steuern zurückgestellt. Verkaufsgewinne oder -verluste werden bei Vertragsabschluss dem Netto-Ertrag aus Immobilien zugerechnet.

Die Bilanzierung der Anrechte Anlagestiftungen/Fonds erfolgt zum Kurswert, wobei Abweichungen des Kurswertes vom Buchwert erfolgswirksam verbucht werden.

4.2.5 Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen

Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen werden jährlich unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge nach anerkannten Grundsätzen und auf der Basis von allgemein zugänglichen technischen Grundlagen ermittelt.

4.2.6 Wertschwankungsreserve

Die Wertschwankungsreserve wird für die den Vermögensanlagen zugrunde liegenden marktspezifischen Risiken gebildet, um die nachhaltige Erfüllung der Leistungsversprechen zu unterstützen. Die im Rahmen der Anlagestrategie ab 2003 festgelegte Zielgrösse beträgt 10.0 Prozent des im gesamten angelegten Vermögens.

(Vgl. nachstehende Ziffer 6.3.)

4.2.7 Übrige Aktiven und Passiven

Die Bilanzierung der übrigen Aktiven und Passiven erfolgt zu Nominalwerten.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Die Bilanzierung der Immobilien im Direktbesitz erfolgte bis zur Jahresrechnung 2004 zum Buchwert (Anschaffungswert). Ab dem Rechnungsjahr 2005 mit der Umstellung der Rechnungslegung auf Swiss GAAP FER 26 sind die Immobilien zu ihrem Ertragswert zu bilanzieren. Für die Bestimmung dieses Wertes gelangt die DCF- (Discounted-Cash-Flow-) Methode zur Anwendung. Objekte, welche bis zum Rechnungsjahr 2006 noch nicht nach der DCF-Methode bewertet werden konnten, wurden bis dahin – im Sinne einer zeitlich begrenzten Übergangsregelung – zum Verkehrswert gemäss amtlicher Schätzung, abzüglich 5 Prozent, bilanziert (vgl. vorstehende Ziffer 4.2.4). Ab dem Rechnungsjahr 2007 sind sämtliche Objekte nach der DCF-Methode bewertet.

5. Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Kasse ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung. Sie trägt sowohl das Risiko des Alters (Langleberisiko) als auch die Risiken Tod und Invalidität selbst. Rückversicherungsverträge bestehen zur Zeit keine.

5.2 Entwicklung und Verzinsung Sparguthaben

5.2.1 Sparguthaben aktive Versicherte

	2007 CHF	2006 CHF
Sparguthaben am 1. Januar		
Sparguthaben vor zusätzlicher Zinsgutschrift	198'862'946	195'203'958
Zusätzliche Zinsgutschrift zu Lasten Jahresrechnung 2006 (Valuta 1. Januar 2007)	3'818'448	0
Sparguthaben nach zusätzlicher Zinsgutschrift	202'681'394	195'203'958
<u>Bildung</u>		
- Spargutschriften Versicherte	5'140'435	5'163'478
- Spargutschriften Arbeitgeber	6'913'505	6'896'609
- Eintrittsleistungen Versicherte	2'593'180	2'166'906
- Einmaleinlagen und Einkäufe Versicherte	323'000	213'500
- Rückzahlungen Vorbezüge Wohneigentumsförderung und Übertragungen bei Ehescheid.	327'815	17'503
- Zuweisung von Rückstellung für Übergangsregelung / Besitzstand (Zusatzgutschriften)	204'383	81'714
- Diverse Mutationen	2'702	2'974
<u>Auflösung</u>		
- Alters-Kapitalabfindungen	- 1'306'514	- 859'392
- Austrittsleistungen	- 9'286'523	- 2'993'805
- Vorbezüge Wohneigentumsförderung	- 1'698'500	- 1'189'421
- Übertragungen bei Ehescheidung	- 979'614	- 100'346
- Neuberentungen (Pensionierungen):		
-- Zuweisung an Deckungskapital Rentner	- 11'712'058	- 9'691'788
-- Zuweisung an Sparguthaben Invalide	- 962'854	- 812'847
- Abfluss zu Gunsten Betriebsrechnung (infolge Todesfällen)	- 96'667	0
Zinsgutschriften	4'836'259	4'763'903
Sparguthaben am 31. Dezember (*)	196'979'943	198'862'946

(*) In den Sparguthaben mitenthalten sind folgende Ergänzungen auf den Mindestanspruch bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG):

31. Dezember 2007: CHF 4'452 / 31. Dezember 2006: CHF 2'463

Der Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben wird vom Stiftungsrat aufgrund der Ertragslage der Kasse festgelegt. Er entspricht mindestens dem Zinssatz nach BVG bzw. Artikel 12 BVV 2. Im Berichtsjahr wurde das Sparguthaben zu 2.5 Prozent verzinst (im Vorjahr ebenfalls 2.5 Prozent).

Im Rechnungsjahr 2007 wurden zu Lasten der Jahresrechnung 2006 noch je 1 Prozent Zusatzverzinsung rückwirkend für die Jahre 2006 und 2005 nachgewährt. Die Gutschrift dieses zusätzlichen Zinses auf den persönlichen Sparkonten der Versicherten erfolgte mit Valuta 1. Januar 2007.

5.2.2 Sparguthaben Invalide

	2007 CHF	2006 CHF
Sparguthaben am 1. Januar		
Sparguthaben vor zusätzlicher Zinsgutschrift	3'728'495	3'318'362
Zusätzliche Zinsgutschrift zu Lasten Jahresrechnung 2006 (Valuta 1. Januar 2007)	74'570	0
Sparguthaben nach zusätzlicher Zinsgutschrift	3'803'065	3'318'362
<u>Bildung</u>		
- Zuweisung zu Lasten Betriebsrechnung (Sparbeiträge)	127'063	109'912
- Zuweisung von Sparguthaben aktive Versicherte (infolge Neuberentungen)	1'012'059	812'847
- Eintrittsleistungen Invalide	0	227'253
<u>Auflösung</u>		
- Zuweisung an Deckungskapital Rentner (infolge Übergang von Invaliden- zu Alters- renten im Alter 65)	- 531'108	- 550'525
- Zuweisung an Deckungskapital Rentner oder Abfluss zu Gunsten Betriebsrechnung (infolge Todesfällen)	0	- 275'559
Zinsgutschriften	103'820	86'205
Sparguthaben am 31. Dezember	4'514'899	3'728'495

Diese Position weist das Sparguthaben aus, welches bei Bezüglern von Invalidenrenten bis zum Alter 65 weiter zu äufnen ist für die Finanzierung der in diesem Alter anstelle der Invalidenrente tretenden Altersrente (vgl. vorstehende Ziffer 3.1). Die Führung der Sparkonti und die Verzinsung des Sparguthabens erfolgen gleich wie bei den aktiven Versicherten (siehe vorstehende Ziffer 5.2.1).

5.3 Summe Altersguthaben nach BVG

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total (gemäss Schattenrechnung)	103'465'948	103'554'827
Mindestzins nach BVG	2.5 %	2.5 %

5.4 Entwicklung des Deckungskapitals für Rentner

	2007 CHF	2006 CHF
Deckungskapital am 1. Januar		
Deckungskapital vor Ausscheidung Sparguthaben Invalide	241'872'239	245'348'914
Ausscheidung Sparguthaben Invalide	0	- 3'318'362
Deckungskapital nach Ausscheidung Sparguthaben Invalide	241'872'239	242'030'552
<u>Bildung</u>		
- Zuweisung von Sparguthaben aktive Versicherte (infolge Neuberentungen)	11'712'058	9'691'788
- Zuweisung von Sparguthaben Invalide (infolge Übergang von Invaliden- zu Alters- renten im Alter 65)	531'108	550'525
- Zuweisung von Rückstellung für Zunahme Lebenserwartung aktive Versicherte (infolge Anwendung reglementarisch höherer Umwandlungssätze als versicherungs- technisch erforderlich)	1'073'390	731'929
- Einkäufe Rentenleistungen Arbeitgeber	697'391	444'374
- Eintrittsleistungen Rentner	0	25'485
- Zunahme durch Veränderung der Grösse und/oder Struktur des Rentnerbestandes (aufgrund versicherungstechnischer Berechnung)	10'124'270	10'062'534
<u>Auflösung</u>		
- Abfluss durch Ausrichtung von reglemen- tarischen Rentenleistungen gemäss Betriebsrechnung	- 21'707'210	- 21'664'948
Deckungskapital am 31. Dezember	244'303'246	241'872'239

Weiteres siehe folgende Seite

Zusammensetzung des Deckungskapitals am 31. Dezember	2007 CHF	2006 CHF
Barwert laufende Renten	202'553'149	200'473'719
- Invaliden- und Altersrenten	153'884'476	152'503'445
- Witwen-/Ehegattenrenten	46'318'628	45'941'758
- Waisenrenten	621'334	445'686
- Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten	971'060	948'156
- Kinderrenten an Invaliden- und Altersrentner	757'651	634'674
Anwartschaft der Rentner	41'750'097	41'398'520
- Altersrenten an Invalide (Beitragsbefreiung)	734'814	601'357
- Ehegattenrenten	41'015'283	40'797'163
- Waisenrenten	0	0
- Sterbegelder	0	0

5.5 Versicherungstechnische Expertenbestätigung

Die Firma Hewitt Associates SA (vgl. vorstehende Ziffer 1.5) hält jährlich im Rahmen eines besonderen Bestätigungsberichts ihre Feststellungen zur Situation der Kasse aus versicherungstechnischer Sicht fest.

Gemäss den Feststellungen per 31. Dezember 2007

- ist zu diesem Zeitpunkt die Kasse nach Artikel 53 Absatz 2 BVG in der Lage, ihre auf der Basis der technischen Grundlagen gemäss nachstehender Ziffer 5.6 berechneten reglementarischen Verpflichtungen zu erfüllen,
- entsprechen die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung den zurzeit bekannten gesetzlichen Vorschriften.

5.6 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Technische Grundlagen	EVK 2000
Technischer Zinssatz	3.5 Prozent
Technische Rückstellungen	Gemäss nachstehenden Ziffern 5.7 und 5.8

5.7 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Hinblick auf künftige Änderungen der technischen Grundlagen (nächste Änderung voraussichtlich ab dem Jahr 2010) wird ein (Deckungskapital-) Zuschlag für die Zunahme der Lebenserwartung der Rentner berechnet. Dieser Zuschlag wird jährlich um 0.5 Prozent der Position «Deckungskapital Rentner» erhöht. Die entsprechenden Mittel bilden die Position «Rückstellung Zunahme Lebenserwartung Rentner» (siehe nachstehende Ziffer 5.8).

5.8 Technische Rückstellungen

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total Rückstellungen	21'075'216	21'034'396
a. Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der aktiven Versicherten	6'194'681	7'268'071
b. Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der Rentner	7'330'000	6'050'000
c. Rückstellung für Übergangsregelung / Besitzstand	4'905'894	5'110'277
d. Rückstellung für Invalidierungen	2'544'641	2'506'048
e. Rückstellung für ausserordentliche Kapitalzahlungen	100'000	100'000

Erläuterungen:

Zu a:

Diese Rückstellung ist insbesondere bestimmt zur Ausfinanzierung der im Zeitpunkt der Pensionierung entstehenden Finanzierungsverluste beim Renten-Deckungskapital infolge der Differenz zwischen den Umwandlungssätzen gemäss den anwendbaren technischen Grundlagen und den reglementarisch höheren Umwandlungssätzen (*). Über die Zielgrösse der Rückstellung entscheidet der Stiftungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge.

Zu b:

Diese Rückstellung wird gemäss vorstehender Ziffer 5.7 geäufnet. Sie erreichte am Ende des Berichtsjahres die Höhe von rund 2.5 Prozent (Vorjahr rund 1.9 Prozent) des Deckungskapitals der Rentner. Die bis zum Jahr 2010 angestrebte Zielgrösse der Rückstellung beträgt 4 - 5 Prozent des Deckungskapitals der Rentner.

Zu c:

Diese Rückstellung steht im Zusammenhang mit dem Primatwechsel (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) vom 1. Januar 2002 und wurde damals gebildet. Sie dient der Finanzierung der Übergangsmassnahmen (individuelle Gewährung von zusätzlichen Spargutschriften) gemäss Vorsorgereglement Art. 51.

Zu d:

Diese Rückstellung umfasst die von der RhB bereitgestellten Mittel, welche grundsätzlich bestimmt sind zur Deckung allfälliger Finanzierungslücken durch Invaliditätsfälle, die über das Mass der erwarteten Invalidisierungshäufigkeit hinausgehen.

Gemäss Vereinbarung mit der RhB vom 28. Mai 2002 sind die Mittel dieser Rückstellung zum Durchschnittssatz der erzielten effektiven Rendite auf dem angelegten Kassenvermögen zu

(*) Alter	Reglementarische Umwandlungssätze Jahr 2006	Zielwert (ab Jahr 2014)	Umwandlungssätze gemäss technischen Grundlagen EVK 2000, 3.5 %, Männer
65	7.10 % ¹⁾	6.80 % ¹⁾	6.53 %
64	7.05 %	6.65 %	6.38 %
63	6.90 %	6.50 %	6.23 %
62	6.75 %	6.35 %	6.09 %
61	6.60 %	6.20 %	5.97 %
60	6.45 %	6.05 %	5.84 %

¹⁾ Mindestumwandlungssatz BVG

verzinsen (2007: 1.54 % / 2006: 4.75 %). Dies bedeutet, dass die RhB auch an einer allfälligen Minusrendite partizipiert.

Zu e:

Diese Rückstellung dient zur Deckung von Eventualverpflichtungen, welche der Kasse durch die Geltendmachung von in der Vergangenheit nicht abgeholten Freizügigkeitsguthaben entstehen können.

5.9 Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV 2

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Aktiven (Bilanzsumme)	514'371'041	518'133'290
- Verbindlichkeiten	- 2'683'638	- 940'852
- Passive Rechnungsabgrenzung	- 359'027	- 4'201'220
- Arbeitgeber-Beitragsreserve	- 10'385'845	- 7'545'447
- Nicht-technische Rückstellungen	0	0
- Hilfskasse	- 2'155'557	- 2'140'202
Vorsorgevermögen netto (Vv)	498'786'974	503'305'569
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen (Vk)	466'873'303	465'498'075
Vermögensüberschuss (Vv - Vk)	31'913'671	37'807'494
Deckungsgrad (Vk in % von Vv)	106.84 %	108.12 %

6. Erläuterungen zu Vermögensanlage und Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage

6.1 Organisation Anlagetätigkeit, Anlagereglemente

Die Führungsorganisation im Bereich der Vermögensbewirtschaftung umfasst drei Ebenen. Oberstes Entscheidungs- und Aufsichtsorgan ist der Stiftungsrat. Die zentralen Steuerungs-, Koordinations- und Überwachungsfunktionen obliegen der Anlagekommission, die sich zusammensetzt aus Mitgliedern des Stiftungsrates und dem Geschäftsführer mit beratender Stimme. Als ausführende Stelle für den Stiftungsrat und die Anlagekommission wirkt der Geschäftsführer. Die Organisation der Vermögensanlage, die Aufgaben und die Kompetenzen sind im Anlagereglement festgelegt. Beratung und Unterstützung erhalten Stiftungsrat, Anlagekommission und Geschäftsführer vom unabhängigen Anlageexperten.

Anlagereglement (einschliesslich Richtlinien über die Gewährung von Hypothekendarlehen)	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 9. Dezember 2005, gültig ab dem gleichen Zeitpunkt
Anlagestrategie	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 26. September 2002, gültig ab dem Jahr 2003; weiteres siehe nach- stehende Ziff. 6.4)
Anlageplan (Umsetzung der Anlagestrategie)	Gemäss Beschluss des Stiftungsrates vom 6. Dezember 2006, gültig für das Jahr 2007
Global Custodian	--
Bankverbindungen / Depotstelle(n)	Graubündner Kantonalbank UBS Credit Suisse Bank Vontobel AG
Vermögens-Verwaltungsmandat(e)	Graubündner Kantonalbank (Vertrag vom 26. Februar 2007) UBS (Vertrag vom 23. Februar 2007) Credit Suisse (Vertrag vom 8. März 2007) Vontobel Asset Management AG (Vertrag vom 16. Juli 2007; bis dahin Vertrag vom 29. September 2006)
Immobilien-Verwaltung	Rhätische Bahn AG, Fachbereich Immobilien

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen mit Berichtsergebnis (Art. 59 BVV 2)

Das Anlagereglement (Ziffer 1.9) sieht vor, dass Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten im Sinne von Art. 59 BVV 2 in Anspruch genommen werden können.

Per 31. Dezember 2006 waren insgesamt CHF 1'562'885 oder 0.30 Prozent des gesamten Anlagevermögens in Private Equity-Anlagen investiert (rechnungsmässig erfasst und in der Bilanz ausgewiesen innerhalb der Position «Aktien Ausland»). In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurden diese Anlagen vollständig veräussert. Seitdem bestehen keine Anlagen im Sinne von Art. 59 BVV 2 mehr.

6.3 Zielgrösse und Berechnung Wertschwankungsreserve

	2007 CHF	2006 CHF
Reserve am 1. Januar	37'807'494	31'632'152
Bildung (+) zu Lasten / Auflösung (-) zu Gunsten Betriebsrechnung	- 5'893'823	6'175'342
Reserve am 31. Dezember	31'913'671	37'807'494
Zielgrösse der Wertschwankungsreserve	51'213'652	51'358'307
Reservedefizit	19'299'981	13'550'813
Vermögensanlagen (zu effektiven Werten)	512'136'515	513'583'066
Vorhandene Wertschwankungsreserve in Prozent der Vermögensanlagen	6.2 %	7.4 %
Zielgrösse Wertschwankungsreserve in Prozent der Vermögensanlagen	10.0 %	10.0 %

Solange die Wertschwankungsreserve unter der Zielgrösse liegt, ist die anlagepolitische Risikofähigkeit der Kasse entsprechend eingeschränkt und die weitere Bildung bzw. der Wiederaufbau der Reserve hat prioritär zu erfolgen.

Die erwähnte, bisherige Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wurde im Rahmen der Anlagestrategie gültig ab 2003 (vgl. vorstehende Ziff. 6.1) festgelegt.

Mit Beschluss vom 28. November des Berichtsjahres verabschiedete der Stiftungsrat – gestützt auf das Ergebnis einer «Asset Liability Management»- (ALM-) Studie von ECOFIN AG – eine neue Anlagestrategie für die Zeit ab dem Jahr 2008. Diese Strategie sieht über mehrere Jahre hinweg eine schrittweise Erhöhung der Aktienquoten vor. Aufgrund dessen erhöht sich parallel auch die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve von den bisherigen 10.0 % auf 15.0 % des angelegten Vermögens.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

	31. Dezember 2007		Strategie %	Band- breiten %
	CHF	%		
Flüssige Mittel, Festgeldanlagen	8'672'232.04	1.69	2.0	0 - 6.0
Direkte Anlagen	6'236'092.04			
Indirekte Anlagen (*)	2'436'140.00			
Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung	3'509'903.10	0.68	1.0	
Hypotheken	85'118'041.42	16.55	17.0	14.0 - 20.0
Direkte Anlagen	85'118'041.42			
Kapitalversicherungen (**)	7'000'000.00	1.36	1.5	
Direkte Anlagen	7'000'000.00			
Obligationen Schweiz	97'753'783.00	19.00	22.5	14.5 - 42.5
Direkte Anlagen	39'491'472.00			
Indirekte Anlagen (*) (***)	58'262'311.00			
Obligationen Ausland CHF	50'164'751.00	9.75	7.0	
Direkte Anlagen	4'449'975.00			
Indirekte Anlagen (*) (***)	45'714'776.00			
Obligationen Ausland Fremdwährungen	39'399'107.00	7.66	8.0	2.0 - 10.0
Direkte Anlagen	9'737'433.00			
Indirekte Anlagen (*)	29'661'674.00			
Total Nominalwerte	291'617'817.56	56.69	59.0	
Aktien Schweiz (****)	56'277'738.00	10.94	10.0	6.0 - 13.0
Direkte Anlagen	14'853'507.00			
Indirekte Anlagen (*)	41'424'231.00			
Aktien Ausland (****)	64'014'284.00	12.45	11.0	6.0 - 14.0
Direkte Anlagen	8'752'163.00			
Indirekte Anlagen (*)	55'262'121.00			
Immobilien	102'461'201.65	19.92	20.0	17.0 - 23.0
Direkte Anlagen	58'253'000.00			
Indirekte Anlagen (*)	44'208'201.65			
Total Sachwerte	222'753'223.65	42.31	41.0	
Total Vermögen	514'371'041.21	100.00	100.0	

(*) Anlagestiftungen / Fonds

(**) Festverzinsliche Nominalwertanlagen

(***) Fonds gemischt mit in- und ausländischen Schuldern

(****) Aufbau Aktienanteil im Hinblick auf neue Anlagestrategie ab 2008

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Keine.

6.6 Marktwert und Vertragspartner Wertpapiere unter securities lending

Soweit die Vermögensanlage durch die bestehenden Vermögensverwaltung-Mandate (vgl. vorstehende Ziffer 6.1) Dritten übertragen ist, ist die Wertpapierausleihe bei den direkten Anlagen grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Ausleihungen haben sich nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen zu richten. Vorbehalten bleiben zudem Ausleihungen durch Anlagestiftungen, Fonds usw. im Rahmen indirekter Anlagen.

6.7 Erläuterung Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage

6.7.1 Nettoertrag Immobilien

	2007 CHF	2006 CHF
Total	3'966'414	4'553'292
Immobilien im Direktbesitz:		
- Nettoertrag	2'762'469	2'668'552
- Wertveränderung	1'376'000	125'277
Anteile Anlagestiftungen/Fonds:		
- Ausschüttungen	1'365'577	1'282'266
- Realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	- 8'024	483'364
- Nicht realisierte Kursgewinne (+) / -verluste (-)	- 1'529'608	- 6'167
Wertveränderung bei den Immobilien im Direktbesitz je einzelnes Objekt	2007 CHF	2006 CHF
Mehrwert (+) / Minderwert (-)		
- Barblanstrasse 21/23/25, Chur	479'000	816'000
- Montalinstrasse 1, Landquart	- 49'000	
- Seeblickstrasse, Arosa	- 167'000	
- Via Retica 8/10/12, Samedan	- 197'000	
- Belmontstrasse 4, Chur	531'000	
- Bahnhof, Davos Dorf	- 1'008'000	
- Via Retica 18/20, Samedan	550'000	
- Pros da God, Pontresina	- 802'000	
- Jakobshorn, Davos Platz	1'230'000	
- Via Retica 4/6/6A/14, Samedan	629'000	
- Via Sorts, Ilanz	180'000	- 690'723
Total	1'376'000	125'277

Mit Ausnahme der Objekte Barblanstrasse 21/23/25, Chur, und Via Sorts, Ilanz, ergeben sich die Mehr- und Minderwerte aufgrund der im Berichtsjahr bei allen Objekten neu vorgenommenen Ertragswert-Bewertung nach der DCF- (Discounted-Cash-Flow-) Methode im Vergleich zur bisherigen Bewertung (Verkehrswert gemäss amtlicher Schätzung, abzüglich 5 Prozent). Bei den Objekten Barblanstrasse, Chur, und Via Sorts, Ilanz, welche bereits im Rechnungsjahr 2006 nach der DCF-Methode bewertet wurden, sind die Mehrwerte im Berichtsjahr zurückzuführen auf Bewertungskorrekturen, insbesondere auch solche zur Abstimmung mit der Bewertung der übrigen Objekte.

6.7.2 Performance der Vermögensanlagen

	2007 CHF	2006 CHF
Performance auf Gesamtvermögen	1.54 %	4.75 %
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	7'914'437	24'037'799
Total Vermögensanlagen am 1. Januar	513'583'066	499'402'610
Total Vermögensanlagen am 31. Dezember	<u>512'136'515</u>	<u>513'583'066</u>
Vermögensanlagen im Jahresdurchschnitt	512'859'791	506'492'838

6.8 Erläuterungen der Anlagen beim Arbeitgeber und der Arbeitgeber-Beitragsreserve

6.8.1 Anlagen beim Arbeitgeber

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total	78'381	116'946
Guthaben Kontokorrent	77'381	115'946
Grundpfandgesichertes Darlehen	1'000	1'000

Die von der RhB geleisteten Grundpfand-Sicherheiten erreichten am Jahresende den Gesamtwert von 8.81 Mio CHF.

6.8.2 Stand und Entwicklung Arbeitgeber-Beitragsreserve

	2007 CHF	2006 CHF
Reserve am 1. Januar	7'545'447	7'203'290
<u>Bildung</u>		
- Einlage Arbeitgeber	4'100'000	0
- Zinsgutschrift zu Lasten Betriebsrechnung (2007: 1.54 % / 2006: 4.75 %)	151'312	342'157
<u>Auflösung</u>		
Entnahme für zusätzliche Leistungen nach Art. 31 Vorsorgereglement:		
- Zu Gunsten Deckungskapital Rentner	- 697'391	0
- Zu Gunsten Rückstellung für Zunahme der Lebenserwartung der Rentner	- 33'948	0
Entnahme zu Gunsten Kapital für Renten- zuschüsse FAV RhB	- 679'575	0
Reserve am 31. Dezember	10'385'845	7'545'447

Gemäss Vereinbarung mit der RhB vom 28. Mai 2002 sind die Mittel dieser Reserve zum Durchschnittssatz der erzielten effektiven Rendite auf dem angelegten Kassenvermögen zu verzinsen. Dies bedeutet, dass die RhB auch an einer allfälligen Minusrendite partizipiert.

7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

7.1 Immobilien

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total	102'461'202	87'991'374
Immobilien im Direktbesitz	58'253'000	56'877'000
Anrechte Anlagestiftungen / Fonds	44'208'202	31'114'374

Die Immobilien im Direktbesitz im Einzelnen:

	Baujahr	Anzahl Wohnungen/ Studios	Bilanzwert per 31. Dezember 2007 CHF
Arosa, Seeblickstrasse (*)	1973	19	2'958'000.00
Chur, Barblanstrasse 21/23/25	1962	24	5'647'000.00
Chur, Belmontstrasse 4	1964	26	6'300'000.00
Davos Dorf, Bahnhofgebäude (*)	1978	9	1'886'000.00
Davos Platz, «Jakobshorn»	1992	27	9'592'000.00
Ilanz, «Sorts»	2005/06	14	4'521'000.00
Landquart, Montalinstrasse 1 (*) (**)	1970	12	2'486'000.00
Pontresina, «Pros da God» (**)	1986	27	6'250'000.00
Samedan, Via Retica 8/10/12	1975	24	5'270'000.00
Samedan, Bahnhofgebäude, Via Retica 18 (*)	1985	17	2'804'000.00
Samedan, Via Retica 4/6/6A/14	1996/97	36	10'539'000.00

(*) Stockwerkeigentum

(**) Objekt auf Grundstück im Baurecht

7.2 Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total	782'030	349'910

Diese Position beinhaltet das Restkapital für die Finanzierung der laufenden monatlichen Rentenzuschüsse gemäss Firmenarbeitsvertrag (FAV) RhB, Anhang 8 Ziffer 9.2, sowie gegebenenfalls analogen anderen Regelungen. Die temporär bis zum gesetzlichen AHV-Rententalter zahlbaren Rentenzuschüsse werden durch die Kasse ausgerichtet; sie bilden jedoch keine Leistung nach dem Vorsorgeplan der Kasse. Die benötigten Mittel werden im Einzelfall jeweils von der RhB bereitgestellt und seit dem Jahr 2004 der Kasse gesamthaft vorschüssig überwiesen oder anderweitig verfügbar gemacht (siehe hierzu auch nachstehende Ziffer 7.5).

7.3 Hilfskasse

Das Vermögen der Hilfskasse wurde auf dem Stand am Jahresanfang verzinst. Der Zinssatz entsprach dem Durchschnittssatz der erzielten Rendite auf dem angelegten Kassenvermögen (2007: 1.54 % / 2006: 4.75 %).

7.4 Verwaltungsaufwand

	2007 CHF	2006 CHF
Experte und Kontrollstelle	68'692	55'227
Genehmigung Erlasse	0	5'000
ALM-Studie	31'204	0
Infrastruktur	38'000	38'000
Entschädigungen, Honorare, Löhne	434'890	392'456
Weiterbildung	11'050	12'265
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	<u>31'352</u>	<u>30'673</u>
Total	615'188	533'921
Übernahme durch RhB	- 504'890	- 468'736
Anteil zu Lasten Kasse	110'298	65'185

Der im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnende Zuwachs unter der Position «Entschädigungen, Honorare, Löhne» ist zur Hauptsache bedingt durch die erstmalig ganzjährige Belastung des 50 %-Pensums des Geschäftsführers (Vorjahr nur halbes Jahr ab 1. Juli).

7.5 Bildung Kapital für Rentenzuschüsse FAV RhB zu Lasten Arbeitgeber-Beitragsreserve

	2007 CHF	2006 CHF
Total	679'575	0

Diese Position beinhaltet diejenigen Mittel, welche im Berichtsjahr – auf Veranlassung der RhB – der Arbeitgeber-Beitragsreserve zu Gunsten der Betriebsrechnung entnommen wurden für die Bildung des benötigten Kapitals für die Finanzierung der laufenden monatlichen Rentenzuschüsse gemäss Firmenarbeitsvertrag (FAV) RhB, Anhang 8 Ziffer 9.2, sowie gegebenenfalls analogen anderen Regelungen (vgl. vorstehende Ziffer 7.2). Anders als im Berichtsjahr wurden im vorangegangenen Rechnungsjahr 2006 die entsprechenden Mittel nicht zu Lasten der Arbeitgeber-Beitragsreserve erbracht, sondern von der RhB direkt auf das zwischen ihr und der Kasse bestehende Kontokorrent überwiesen.

8. Auflagen der Aufsichtsbehörde

Die Aufsichtsbehörde hat am 5. Juli 2007 (Datum der Verfügung) von der Berichterstattung über das Rechnungsjahr 2006 ohne besondere Bemerkungen Kenntnis genommen.

**9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage /
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Aufgrund der fortdauernden, negativen Entwicklung an den Anlagemärkten hat sich der Deckungsgrad der Kasse im ersten Quartal 2008 gegenüber dem Stand am Bilanzstichtag merklich weiter reduziert. Entsprechend weiter zurückgebildet hat sich damit auch die Wertschwankungsreserve.

Die Entwicklung in nächster Zeit ist aufmerksam zu beobachten und zu verfolgen. Sollte sich der Negativtrend bei den Anlageerträgen fortsetzen und die Kasse deshalb in eine Unterdeckung geraten, müssten die für diese Situation gesetzlich und reglementarisch vorgesehenen Massnahmen in Betracht gezogen werden.



PricewaterhouseCoopers AG
Gartenstrasse 3
Postfach 40
7001 Chur
Telefon +41 58 792 66 00
Fax +41 58 792 66 10
www.pwc.ch

Bericht der Kontrollstelle
an den Stiftungsrat der
Pensionskasse der Rhätischen Bahn
Chur

Als Kontrollstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse der Rhätischen Bahn für das am 31. Dezember 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, der Stiftungsurkunde und den Reglementen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Andreas Brunold
Leitender Revisor

Hans Ulrich Wehrli

Chur, 16. Mai 2008

Beilage:

- Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang)

VIII. Statistik

Summe der versicherten Löhne

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total	71'381'881	73'612'671
Vollversicherte	70'819'639	72'828'176
Risikoversicherte	562'242	784'495

Bestehende Rentenansprüche

(Summe der laufenden Jahresrenten)

	31. Dezember 2007 CHF	31. Dezember 2006 CHF
Total	22'146'696	21'799'510
Altersrenten	12'999'108	12'762'648
Invalidenrenten	3'605'914	3'696'499
Zusätzliche Invalidenrenten / IV-Ersatzrenten	166'478	195'423
Witwen- / Ehegattenrenten	5'169'504	4'991'160
Waisenrenten	86'940	63'552
Alters- und Invaliden-Kinderrenten	118'752	90'228

Rückzahlbare Überbrückungs- / AHV-Ersatzrenten nicht berücksichtigt

Durchschnittliches Lebensalter

	31. Dezember 2007 Anzahl Jahre	31. Dezember 2006 Anzahl Jahre
Bezüger(innen) von Altersrenten	74.3	74.6
Bezüger(innen) von Invalidenrenten	67.8	67.6
Bezüger(innen) von Witwen- / Ehegattenrenten	78.3	77.7